

Rede von Florian Graf in der 17. Wahlperiode am 30. August 2012 zur Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes (Auszug aus dem Plenarprotokoll)

Florian Graf (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir schaffen heute gemeinsam das viel umstrittene Straßenausbaubeitragsgesetz ab. Das ist ein gutes Signal, denn dieses Gesetz sorgt seit mehr als sechs Jahren für Ärger in der Bevölkerung. Es belastet Eigentümer und Mieter. Es behindert Investitionen. Es kostet letztlich mehr als es dem Land einbringt. Dieses Straßenausbaubeitragsgesetz ist nicht nur eine Last für die Bürgerinnen und Bürger, sondern hat im Gegenteil auch für die öffentliche Verwaltung einen bürokratischen Aufwand erzeugt, der nicht hinnehmbar ist. Das ist ein guter Tag heute.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Die Berliner CDU hat sich von Anfang an hier im Parlament, aber auch vor Ort, stets klar gegen dieses Gesetz positioniert. Ob am Kirchhainer Damm in Lichtenrade, in der Hamburger Straße in Staaken, ob an der Hildburghäuser Straße in Lichterfelde oder an der Blankenburger Straße in Niederschönhausen, von Spandau bis nach Kaulsdorf, von Lichtenrade bis nach Frohnau. Wir waren immer an der Seite der Bürger und haben uns gegen diese Form der Abzocke gestellt.

[Beifall bei der CDU]

Wir haben als Union im Wahlkampf versprochen, dieses Straßenausbaubeitragsgesetz abzuschaffen. Wir haben unseren Koalitionspartner in den Verhandlungen davon überzeugt und haben gemeinsam seit unserer Regierungsbeteiligung darauf hingewirkt, dass diese Aufhebung nun zügig erfolgt. Ich freue mich, dass wir heute gemeinsam, CDU und SPD mit Unterstützung sogar der Opposition, dieses Straßenausbaubeitragsgesetz abschaffen und damit eines unserer zentralen Wahlkampfversprechen einlösen.

[Beifall bei der CDU]

Ab sofort muss kein Anwohner mehr zusätzlich für Straßenausbau oder Straßeninstandsetzung bezahlen. Alle, die schon Beiträge entrichtet haben, bekommen auf Antrag ihr Geld zurück.

[Joachim Esser (GRÜNE): Czaja zahlt!]

Die Koalition aus SPD und CDU zeigt, dass sie für eine zuverlässige, bürgernahe Politik steht.

[Beifall bei der CDU]

Es ist wichtig, dass wir heute den vielen direkt Betroffenen Personen auch Planungssicherheit geben. Insbesondere viele ältere Menschen müssen nun im Alter keine unerwarteten, untragbaren Belastungen mehr befürchten. Auch junge Familien, die Eigentum erwerben wollen, haben Sicherheit in Bezug auf die auf sie zukommenden Belastungen. Berlin braucht kein Bürokratiemonster wie das Straßenausbaubeitragsgesetz, das den Straßenausbau letztlich eher behindert als vorantreibt. Wir wollen statt dessen eine solide Sanierung der Berliner Straßen; denn die Stadt braucht eine gute Infrastruktur. Dabei geht es nicht nur um einen entscheidenden Standortfaktor, sondern auch um Arbeitsplätze für kleine und mittlere Unternehmen, sowie auch darum, welchen Eindruck Berlin als Bundeshauptstadt hinterlässt.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass ab sofort die Planung und Durchführung der dringend erforderlichen Straßeninstandsetzungen oder -erneuerungen unbürokratischer als vorher und damit auch schneller durchgeführt werden können.

Heute findet eine bürgerfeindliche, ungerechte und untaugliche Regelung des Straßenausbaus ihr Ende. Wir haben unser Wort eingehalten. Die Abzocke wird beendet – versprochen, gehalten. – Herzlichen Dank, meine lieben Kollegen!

[Beifall bei der CDU]